

Mittwoch, 28.08.2019

Pressemitteilung der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg zur Landespressekonferenz „Bildung – dafür steht das Land! Der Hochschulfinanzierungsvertrag II stellt die Weichen für Baden-Württembergs Zukunft“

Am 27.08.2019 hat die Landesrektorenkonferenz (LRK) gemeinsam mit den HAWen zur Pressekonferenz unter dem Titel “Bildung – dafür steht das Land! Der Hochschulfinanzierungsvertrag II stellt die Weichen für Baden-Württembergs Zukunft“ nach Stuttgart geladen.

Thematisch ging es um die eher zäh voranschreitenden Verhandlungen zum Hochschulfinanzierungsvertrag II, da der Hochschulfinanzierungsvertrag I (HoFV) 2020/21 ausläuft, durch den bislang Gelder für Aufgaben der Hochschulen als Zuschüsse des Landes vereinbart waren.

Die Vertreter der LRK betonten in ungewöhnlich scharfer Weise die mittlerweile alarmierende Unterfinanzierung der Hochschulen in Baden-Württemberg. Real inflationsbereinigt haben die Hochschulen heute je Studierender*in durchschnittlich etwa 3.540 € weniger zur Verfügung als 1998, also vor nur gut zwanzig Jahren! [1] Gleichzeitig sind die Studierendenzahlen und damit der Bedarf an Infrastruktur und Personal enorm gestiegen. Auch wurde betont, dass die Gelder der Exzellenzstrategie das Grundproblem der Unterfinanzierung des Grundhaushalts nicht mildern, da sie zweckgebunden für Projekte verausgabt werden.

“Entgegen der Mutmaßungen im Voraus der Verhandlungen zum HoFV I, in welchem Zuschüsse seitens des Landes zum Anfang der Doppeljahrgänge im Zuge von G8 festgesetzt wurden, haben sich die Studierendenzahlen in der Höhe der Doppeljahrgänge verstetigt,“ erklärt Dominik Birkenmaier, Sprecher der Landesstudierendenvertretung.

Iris Kimizoglu, Außenreferentin des StuRa der Uni Freiburg berichtet: “Die Lehre ist am Anschlag. Das Personal an den Hochschulen des Landes ist maßlos überlastet. Zudem ist die Studierbarkeit nicht mehr sichergestellt. Wie prekär die Lage ist, zeigt sich beispielsweise in Freiburg durch den gemeinsamen Rücktritt des Direktoriums der FRAUW (Lehrinstitution der

Uni, welches den fünftgrößten Anteil an der Pflichtlehre leistet) im Jahr 2018, nachdem das Budget aufgrund von Sparzwängen 2018 nur noch bei 358.500 € lag - 2015 waren es noch 483.100 €!“[2]

Die Landesstudierendenvertretung veröffentlichte bereits am 10.07.2019 eine umfassende Stellungnahme zum Hochschulfinanzierungsvertrag und den anstehenden Verhandlungen.[3] Unter den jetzigen Lern- und Lehrbedingungen wird es in den kommenden Jahren zu einem qualitativen und quantitativen Verlust kommen. Daneben werden die Hochschulen nicht mehr über deren gesetzliche Aufgaben hinaus arbeiten können.

“Es ist dringend erforderlich, dass frisches Geld für die Hochschulbildung bereitgestellt wird. Gesellschaftlich stehen wir vor großen Herausforderungen - sei es der Klimawandel, die Digitalisierung oder der demografische Wandel. Um Lösungen hierfür zu finden sind unabhängige Forschung sowie vor allem die Ausbildung qualifizierter und innovativer Köpfe von zentraler Bedeutung,“ so Andreas Bauer, Referent für Hochschulpolitik im AStA der Hochschule Mannheim.

Die Landesstudierendenvertretung fordert insbesondere das Finanzministerium unter der Leitung von Edith Sitzmann (B90/Grüne), das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst unter der Leitung von Theresia Bauer (B90/Grüne) und den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (B90/Grüne) dazu auf, endlich die nötigen Mittel für die Grundfinanzierung der Hochschulen bereitzustellen. Nicht zuletzt ist unlängst im Koalitionsvertrag von Bündnis90/Die Grünen und CDU festgeschrieben, dass die Notwendigkeit einer verlässlichen Finanzierung besteht und das Land den Bedarf der Stärkung der Hochschulen realisiert habe. Bildung ist Ländersache. Es liegt in der Verantwortung der grün-schwarz geführten Landesregierung Baden-Württembergs, ob der Trend zur Unterfinanzierung der Hochschulen und somit des qualitativen Verlusts des Bildungs- und Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg fortgeführt wird, oder aber endlich eine Kehrtwende in der Bildungspolitik des Landes herbeigeführt wird. Dies sollte vor dem Hintergrund, dass das Land einen Haushaltsüberschuss von zuletzt knapp zehn Milliarden Euro erzielen konnte, zu bewerkstelligen sein.

1 <https://www.lrk-bw.de/index.php/hochschulfinanzierung-2021>

2 https://www.stura.uni-freiburg.de/gremien/studierendenrat/protokolle/sose18/stura_protokoll_17_04_2018/anhang_17_04_2018/view

3 <https://lastuve-bawue.de/wp-content/uploads/2019/07/Stellungnahme-der-Landes-Asten-Konferenz-zu-den-Verhandlungen-eines-Hochschulfinanzierungsvertrags-nach-2020.pdf>

4 https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/160509_Koalitionsvertrag_B-W_2016-2021_final.PDF